

NIEDERSCHRIFT

über die 7. öffentliche Sitzung des Infrastrukturausschusses der Gemeinde Großenkneten am  
Donnerstag, 09.11.2023 , im Rathaus, Markt 1, 26197 Großenkneten

---

**Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr**

**An der Sitzung haben teilgenommen:**

Vorsitzende/r

Herr Uwe Behrens

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Friedjof Ohms

Mitglieder

Herr Carsten Beelage

Frau Heike Frommhold

Herr Samuel Stoll

Frau Corinna Wilke

Herr Sven Wilke

ab Tagesordnungspunkt 4

Stellv. Mitglied/er

Frau Melanie Jähnke

Frau Dorothee Otte-Saalfeld

in Vertretung des Rats Herrn Eckhard Wendt  
stellv. Bürgermeisterin - in Vertretung des  
Beigeordneten Torsten Deye

nicht stimmberechtigtes Mitglied

Herr Andreas Altergott

hinzu gewählte Mitglieder

Frau Julia Mosgallik

Herr Dipl.-Ing. Matthias Reinkober

von der Verwaltung

Frau Frauke Asche

Leiterin des Amtes für Organisation, Personal  
und Bildung

Herr Horst Looschen

Erster Gemeinderat und Kämmerer

Herr Thorsten Schmidtke

Bürgermeister

Herr Sebastian Wedermann

Leiter des Bauamtes - Protokollführer

Gäste

Herr Dennis Ahlhorn

Ingenieurbüro Frilling + Rolfs GmbH, Vechta  
- zu TOP 4

Frau Tracy Bergmann

Rolwes-Hauth-Jacobi GmbH & Co.KG - zu  
TOP 6

Frau Dipl.-Ing. Hauth

Rolwes-Hauth-Jacobi GmbH & Co.KG - zu  
TOP 6

Herr Dipl.-Ing. Gunnar Hirsch

Ingenieurbüro Hirsch - zu TOP 7

Herr Karl-Wilhelm Jacobi

Rolwes-Hauth-Jacobi GmbH & Co.KG - zu  
TOP 5

**Verhindert waren:**

hinzu gewählte Mitglieder  
Herr Alexander Lohrey

## Niederschrift: Infrastrukturausschuss 09.11.2023

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Infrastrukturausschusses und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Infrastrukturausschusses am 02.11.2023
- 3 Gegebenenfalls Pflichtenbelehrung eines hinzu gewählten Mitgliedes des Ausschusses

#### Einwohnerfragestunde

- 4 Kläranlage Ahlhorn - Überprüfung der Anlagenbelastung **BV/0523/2021-2026**
- 5 Sanierung Mehrfamilienhaus "Kapitän-Strasser-Straße 1 b + 3" - Annahme der Planung **BV/0522/2021-2026**
- 6 Umbau und Erweiterung des Rathauses - Vorstellung der Planung **BV/0520/2021-2026**
- 7 Unterhaltungsmanagement für Gemeindestraßen - Festlegung der Straßenbaumaßnahmen im Haushaltsjahr 2023/2024 **BV/0521/2021-2026**
- 8 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 9 Anfragen und Anregungen
  - 9.1 Radweg an der Ahlhorner Straße
  - 9.2 Sanierung der Sportanlage Katharinenstraße
  - 9.3 Eigentumsverhältnisse Realverbandswege

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Infrastrukturausschusses und der Tagesordnung**

Vorsitzender Behrens eröffnet um 17:06 Uhr die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit des Infrastrukturausschusses sowie die Tagesordnung fest.

**zu 2      Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des  
Infrastrukturausschusses am 02.11.2023**

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Infrastrukturausschuss am 02.11.2023 wird bei 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

**zu 3 Gegebenenfalls Pflichtenbelehrung eines hinzu gewählten Mitgliedes des Ausschusses**

Eine Pflichtenbelehrung war nicht erforderlich.

**Einwohnerfragestunde**

Vorsitzender Behrens unterbricht um 17:08 Uhr die Sitzung für eine Einwohnerfragestunde. Da keine Fragen gestellt werden, eröffnet er umgehend wieder die Sitzung.

**zu 4 Kläranlage Ahlhorn - Überprüfung der Anlagenbelastung  
Vorlage: BV/0523/2021-2026**

**zur Kenntnis genommen**

**Beschluss:**

**Das Maßnahmenkonzept wird zur Kenntnis genommen.**

**Sach- und Rechtslage:**

Für die Abwasserbeseitigung aus dem Ortsteil Ahlhorn und den umliegenden Außenbereichen wird in Ahlhorn, Schüttendrift, eine Kläranlage betrieben. Nach einem Ausbautwurf von April 1990 wurde die Anlage für eine Abwasserreinigung von 16.000 Einwohnerwerten konzipiert.

Seitdem wurde zwar laufend die Anlagentechnik erneuert, jedoch konnte die Ausbaugröße bisher unverändert belassen werden. Insbesondere die Abkopplung der Produktionsabwasser der Firma Heidemark im Jahr 2011 hat dazu geführt, dass die Anlage trotz fortsetzender städtebaulicher Entwicklung ausreichend dimensioniert war.

Inzwischen ist insbesondere bei Starkregenereignissen festzustellen, dass es durch Fremdwassereintrag zum Einstau bzw. zum Überstau im Kanalnetz kommt. Durch große Schwankungen in der Abwassermenge kommt es zudem zunehmend zu Schwierigkeiten im Reinigungsprozess, sodass das Kläranlagenpersonal vermehrt eingreifen muss, um eine optimale Abwasserreinigung sicherstellen zu können.

Das Ingenieurbüro Frilling + Rolfs GmbH, Vechta, wurde mit der Überprüfung der Anlagebelastung beauftragt und wird in der Sitzung des Infrastrukturausschusses die Erkenntnisse und das der Beschlussvorlage Nr. BV/0523/2021-2026 beigefügte Maßnahmenkonzept vorstellen.

Da die Entwicklung im Bereich der Abwasserbeseitigung stark von der tatsächlichen städtebaulichen Entwicklung und der Zusammensetzung des Abwassers zusammenhängt, stellt das Konzept einen begleitenden Rahmen dar und soll bei künftigen Maßnahmenentscheidungen unterstützen.

Aus diesem Grund empfiehlt der Bürgermeister das Maßnahmenkonzept zur Kenntnis zu nehmen.

**Sitzungsbeiträge:**

Nachdem Bürgermeister Schmidtke in die Thematik eingeführt hat, trägt Herr Ahlhorn, Ingenieurbüro Frilling + Rolfs GmbH, vor und beantwortet einzelne Verständnisfragen der Ausschussmitglieder.

Ratsherr Beelage erkundigt sich, ob das Kanalnetz in Ahlhorn für einen Rückstau bei Starkregenereignissen ausreichend dimensioniert sei. Er verweist auf große Speicher, die

## **Niederschrift: Infrastrukturausschuss 09.11.2023**

beim damaligen Fliegerhorst Ahlhorn für die Rückhaltung von Regenwasser erforderlich gewesen seien.

Herr Ahlhorn, Ingenieurbüro Frilling + Rolf GmbH, erläutert, dass in diesem Konzept die Abwasserbeseitigung im Vordergrund stand. Für die Beseitigung von Regenwasser wäre es erforderlich, den Generalentwässerungsplan zu aktualisieren. Im Zuge der jetzigen Überprüfung wurde das Erfordernis einer zweiten Druckrohrleitung von den Hauptpumpwerken „Triftweg“ und „Wildeshauser Straße“ deutlich. Nur so könnten die Pumpwerke ihre volle Leistung ausschöpfen.

Bauamtsleiter Wedermann berichtet, dass zunächst ein Pufferspeicher vor der Einlaufstrecke der Kläranlage errichtet werden solle. Hierdurch sollten Schwankungen in der Abwassermenge besser reguliert und die Reinigung optimiert werden. Auf dem Gelände des Metropark Hansalinie wurden im damaligen Bauleitplanverfahren mehrere Regenwasserrückhaltebecken eingeplant. Diese würden je nach Baufortschritt errichtet werden.

Beigeordneter Wilke erkundigt sich, weshalb Wartungsintervalle im Konzept nicht berücksichtigt worden seien.

Herr Ahlhorn erklärt, dass Wartungen und Reparaturen im laufenden Betrieb jederzeit möglich seien.

Mitglied Reinkober spricht die in der Anlagenübersicht enthaltenden Schönungsteiche an. Zu deren Zustand und weiteren Maßnahmen sei im Konzept nichts weiter aufgeführt.

Bauamtsleiter Wedermann führt aus, dass die Schönungsteiche bereits seit längerem nicht mehr Bestandteil des Reinigungsprozesses der Kläranlage seien. Die Probeentnahme und damit der Einleitungspunkt befänden sich direkt am Ende der Kläranlage, noch vor den Nachreinigungsteichen.

**zu 5 Sanierung Mehrfamilienhaus "Kapitän-Strasser-Straße 1 b + 3" - Annahme der Planung  
Vorlage: BV/0522/2021-2026**

**einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0**

**Beschluss:**

**Das Planungskonzept zur Sanierung des Mehrfamilienwohnhauses „Kapitän-Strasser-Straße 1 b + 3“ wird angenommen.**

**Sach- und Rechtslage:**

Durch die integrierte städtebauliche Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet „Wildeshauser Straße“ in Ahlhorn wurden unter anderem im Bereich der Kapitän-Strasser-Strasser erhebliche Defizite am Gebäudebestand ermittelt. Die Sanierung des Gebäudes „Kapitän-Strasser-Straße 11“ wird in Kürze abgeschlossen.

Zusätzlich konnten die Grundstücke „Kapitän-Strasser-Straße 1 b + 3, 18 + 20, 22 + 24“ erworben werden. Bei den baugleichen Gebäuden handelt es sich um zwei aneinander gebaute Wohngebäude mit je 4 Wohneinheiten. Seit der Errichtung Anfang der 70er Jahre hat keine nennenswerte Instandsetzung stattgefunden, sodass ein erheblicher Sanierungsstau besteht.

Es ist vorgesehen, zunächst die Gebäude 1 b + 3 vollständig zu entkernen und an die heutigen energetischen Anforderungen anzupassen. Sämtliche Versorgungsleitungen, Fenster und Türen sowie die Dacheindeckung sollen erneuert werden. Die Außenhülle soll mit einem Wärmedämmverbundsystem versehen werden. Durch den Einbau einer Luft-Wasser-Wärmepumpe mit einer kombinierten Photovoltaikanlage soll der Wärmebedarf des Gebäudes autark sichergestellt werden. Zudem wird eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung installiert, um den Wärmebedarf weiter zu senken.

Die Gesamtkosten für die 8 Wohneinheiten werden auf 1.600.000,00 € geschätzt.

Nach der Sanierung würde das Gebäude die Vorgaben der Effizienzhaus-Stufe 55 mit dem Zusatz „Erneuerbare-Energien-Klasse“ erfüllen. Eine KfW-Förderung von 67.500,00 €/Wohneinheit, somit 540.000,00 € wird erwartet. Die Maßnahme ist beim Städtebauprogramm angemeldet. Bestenfalls würde eine Förderung von 724.000,00 €, sonst 400.000,00 €, gewährt.

In der Sitzung des Infrastrukturausschusses wird das Planungsbüro Rolwes-Hauth-Jacobi GmbH & Co. KG, Wildeshausen, das Planungskonzept vorstellen und erläutern.

Der Bürgermeister schlägt vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Planungskonzept zur Sanierung des Mehrfamilienwohnhauses „Kapitän-Strasser-Straße 1 b + 3“ wird angenommen.

**Sitzungsbeiträge:**

Bürgermeister Schmidtke führt in die Sach- und Rechtslage ein.

Sodann trägt Herr Jacobi, Planungsbüro Rolwes-Hauth-Jacobi GmbH & Co. KG, Wildeshausen, zur Planung vor.

Mitglied Reinkober möchte wissen, ob eine Alternative zum Wärmedämmverbundsystem geprüft wurde. Dieses bestehe zumeist aus Styropor, welches nicht umweltfreundlich sei und später als Sondermüll entsorgt werden müsse. Zudem sei eine Putzfassade immer problematisch, da hier schnell Beschädigungen entstehen könnten.

Herr Jacobi berichtet, dass verschiedene Varianten geprüft wurden. Eine Dämmung von innen verursache immer Kältebrücken, so dass eine Außendämmung grundsätzlich vorzuziehen sei. Eine Wärmedämmung könne grundsätzlich mit Steinwolle erfolgen. Da auch er einen Außenwandputz als problematisch ansehe, werde grundsätzlich auf Klinkerriemchen zurückgegriffen.

Ratsherr Stoll erkundigt sich, ob eine Kerndämmung gegebenenfalls ausreichend sein könne.

Herr Jacobi verneint dieses, da die Hohlwand lediglich eine Dicke von nur sechs Zentimetern aufweise.

Ratsherr Beelage verweist auf die Asbestproblematik bei der Sanierung des Wohnhauses „Kapitän-Strasser-Straße 11“ und möchte weiterhin wissen, ob zwischen den beiden Gebäuden eine Brandschutzwand vorhanden sei.

Herr Jacobi verweist auf die noch ausstehenden Prüfungen der Sachverständigen. Aufgrund des Alters der Gebäude müsse grundsätzlich mit Asbest gerechnet werden. Bei der vorhandenen Wandkonstruktion handele es sich bereits um eine Brandwand.

Beigeordneter Wilke zeigt sich verwundert über die vergleichsweise niedrigen Baukosten.

Erster Gemeinderat Looschen berichtet, dass die Sanierung zwar ebenfalls umfangreich sei, jedoch bewusst auf die Veränderung von Grundrissen verzichtet werde. Zudem sei damals beim Objekt „Kapitän-Strasser-Straße 11“ zu einem Zeitpunkt ausgeschrieben worden, wo die Baustoffpreise sehr hoch gewesen seien.

Ratsherr Stoll bemängelt die hohen Baunebenkosten und erkundigt sich nach deren Höhe.

Erster Gemeinderat Looschen erklärt, dass die Baunebenkosten in der Sitzungsvorlage berücksichtigt seien. Grundsätzlich müsse immer mit Baunebenkosten in Höhe von 20 bis 25 Prozent gerechnet werden.

Mitglied Mosgallik erfragt, ob noch eine Prüfung hinsichtlich der Raumveränderungen, insbesondere im Badezimmer, geschehen werde.

Herr Jacobi entgegnet, dass grundsätzlich die Baukosten niedrig gehalten werden sollten. Selbstverständlich würden jedoch noch Veränderungen im Grundriss im Detail geprüft. Diese belaufen sich eher auf kleine Veränderungen, wie zum Beispiel der Entfall einer Gästetoilette.

## **Niederschrift: Infrastrukturausschuss 09.11.2023**

Hauptsächlich solle der Grundriss wie bisher bestehen bleiben, da dieser grundsätzlich als gut zu bewerten sei.

Beigeordneter Wilke erfragt, ob die Planung erneut vorgelegt werde oder ob es sich heute um einen abschließenden Beschluss handele.

Erster Gemeinderat Looschen berichtet, dass die grobe Planung heute vorgestellt worden sei. Die Detailplanung und Abstimmung mit den Fachgutachtern lägen in der Hand der Verwaltung. Eine erneute Vorstellung der Planung sei daher nicht vorgesehen.

Stellv. Bürgermeisterin Otte-Saalfeld zeigt sich mit diesem Vorgehen einverstanden, da dies in der Vergangenheit ebenfalls so gehandhabt wurde.

Mitglied Mosgallik möchte erneut wissen, ob eine Verschiebung der Grundrisse noch geplant sei.

Erster Gemeinderat Looschen verweist auf die Ausführungen von Herrn Jacobi. Kleinere Veränderungen im Grundriss seien jederzeit denkbar, jedoch immer mit Blick auf die Gesamtkosten des Projektes.

Ratsherr Stoll betont die Wichtigkeit, auf die Gesamtkosten zu achten. Letztendlich müsse die Politik sich in der Öffentlichkeit hierfür rechtfertigen. Die Grundrisse der Gebäude seien grundsätzlich gut, so dass eine Veränderung nicht um jeden Preis erforderlich sei.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Behrens über die Beschlussempfehlung abstimmen.

**zu 6      Umbau und Erweiterung des Rathauses - Vorstellung der Planung  
Vorlage: BV/0520/2021-2026**

**mehrheitlich beschlossen  
Ja 6 Nein 3 Enthaltung 0**

**Beschluss:**

**Die Planungen zum Umbau und zur Erweiterung des Rathauses werden zur Kenntnis genommen.**

**Sach- und Rechtslage:**

In seiner Sitzung am 05.12.2022 hat der Rat den Grundsatzbeschluss für eine Rathausenerweiterung gefasst.

Das Rathaus wurde im Jahr 1972 errichtet und 1995 aufgrund des Mangels an Büroräumen erstmalig im Bestand umgebaut. Eine Erweiterung und energetische Sanierung erfolgten im Jahr 2007.

Aufgrund des quantitativ gestiegenen Aufgabenvolumens und der qualitativ erhöhten Anforderungen an die Arbeitsbereiche ist davon auszugehen, dass auch zukünftig weitere Aufgaben auf die Gemeinde zukommen und damit die Arbeitsbelastung weiterwachsen wird. Diese Entwicklung hat evident zur Folge, dass sich der Personalbedarf erhöht. In den letzten Jahren war ein stetiger Zuwachs an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kernverwaltung zu verzeichnen. Durch eine hohe Präsenzerfordlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund der Bürgerfreundlichkeit als Dienstleistungsanbieter können Homeoffice-Lösungen/Telearbeit zwar künftig einen größeren Raum einnehmen, ersetzen jedoch keinen (physischen) Arbeitsplatz auch als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Damit indiziert ist ein ansteigender Raumbedarf von zwölf zusätzlichen Räumen, der mit den derzeit vorhandenen Kapazitäten nicht mehr gedeckt werden kann. Schon jetzt führt der Mangel an Räumlichkeiten zu einer Aufweichung der Raumaufteilung nach Organisationseinheiten, obwohl diese Ordnung für die Verwaltungsabläufe und die Kundenbetreuung relevant ist.

Zwar wird die Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsvorgängen vorangetrieben, jedoch zeigt sich, dass hierdurch keine Personaleinsparung zu erwarten ist, sondern sich lediglich der Aufgabenzuschnitt einzelner Stellen verändern wird.

Da die Gemeinde darüber hinaus diverse Beratungsmöglichkeiten durch externe Fachkräfte anbietet, ist hierfür ein weiterer Raum vorzuhalten. Eine weitere Räumlichkeit ist für Trauungen vorgesehen, wobei eine Herrichtung (Doppelnutzung) ebenfalls als Katastrophenschutzraum angedacht ist.

Der Ratssaal entspricht nicht mehr den aktuellen technischen und räumlichen Anforderungen, weshalb auch dieser in einer Rathausenerweiterung neu und der alte Ratssaal für zusätzliche Büros geplant wird. Die Nutzung dieses Raumes für eine Vielzahl anderer Sitzungen sowie die Vorhaltung von Sitzplätzen für die Öffentlichkeit erfordert ebenso eine räumliche Erweiterung.

## Niederschrift: Infrastrukturausschuss 09.11.2023

Die FDP-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 29.05.2023 die Beantwortung nachfolgender Fragen. Der Antrag ist der Beschlussvorlage Nr. BV/0520/2021-2026 beigelegt.

1. *Inwieweit fließen die aktuell genannten Entwicklungen (Pakt für digitale Verwaltung) in die Pläne zum Rathausumbau/-anbau mit ein?*

Das „Paket für die digitale Verwaltung“ umfasst in erster Linie ein zentrales Bürgerkonto (Bund ID) für alle. Daneben sollen die Nutzerfreundlichkeit sowie die Barrierefreiheit verbessert werden. Bis 2024 sollen 15 wichtige Verwaltungsleistungen digital beantragt werden können. Für einige dieser Leistungen ist die Gemeinde nicht zuständig.

Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen wird durch die Vorgaben des Online-Zugängesetzes stetig ausgebaut und fortentwickelt.

2. *Brauchen wir den Raumbedarf, der 2019 ermittelt wurde, in zehn Jahren immer noch? Können durch die bereits genannten Entwicklungen Räume und somit Kosten für den Um- und Anbau des Rathauses eingespart werden?*

Trotz Digitalisierung und alternierender Telearbeit bleiben physische Arbeitsplätze nach wie vor erforderlich. Im Sinne der Bürgerfreundlichkeit sollte die Erreichbarkeit vordergründig sein. Durch Aufgabenübertragungen ist ferner mit einer weiteren Erhöhung des Personalbedarfes zu rechnen.

3. *Eine Digitalstrategie muss ein prioritäres Ziel sein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Führungskräfte sollten entsprechende Schulungen wahrnehmen. Gibt es diesbezüglich einen Zeitplan?*

Mit der Begleitung der Digitalisierung werden die Schulungsbedarfe benannt und umgesetzt/angeboten.

4. *Gibt es eine Personalanalyse (demografische Entwicklung des Personals) insbesondere für die nächsten zehn Jahre?*

Eine Übersicht ist der Beschlussvorlage Nr. BV/0520/2021-2026 beigelegt.

5. *Die Klimaschutzziele des Landkreises Oldenburg sehen verstärktes mobiles Arbeiten von zu Hause vor. Inwieweit sind diese Ziele mitgedacht bzw. wie lautet das Ergebnis der Umfrage zum mobilen Arbeiten?*

Zum 01.11.2023 ist die Dienstvereinbarung zur alternierenden Telearbeit in Kraft getreten. Hiernach ist die Inanspruchnahme von Home-Office oder mobilem Arbeiten möglich.

6. *Gibt es eine demografische Übersicht der Mitarbeiterentwicklung?*

Siehe Punkt 4

Nach einer aktuellen Kostenschätzung belaufen sich die Baukosten inklusive Planungskosten auf ca. 4.000.000,00 €. Hierbei sind die Kosten für die Umrüstung der Beleuchtung im Bestand, der Ausbau der EDV sowie die Herstellung der Außenanlagen nebst Nebengebäuden noch nicht berücksichtigt. Hinsichtlich der weiteren technischen Gebäudeplanung,

## Niederschrift: Infrastrukturausschuss 09.11.2023

insbesondere Heizungs- und Elektrotechnik, erfolgen im weiteren Planungsverlauf weitergehende Abstimmungen mit den jeweiligen Fachplanern.

Das Planungsbüro Rolwes-Hauth-Jacobi GmbH & Co. KG, Wildeshausen, hat in der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 09.02.2023 erste Vorentwürfe und Raumkonzepte vorgestellt. Anschließend wurden weitere fachliche Abstimmungen durchgeführt sowie die Rückmeldungen der Fraktionen geprüft. Die überarbeiteten Entwürfe sind der Beschlussvorlage Nr. BV/0520/2021-2026 beigelegt.

In der Sitzung des Infrastrukturausschusses wird das Planungsbüro die überarbeitete Planung zum Umbau und Erweiterung des Rathauses vorstellen.

Der Bürgermeister empfiehlt, die Planung zum Umbau und Erweiterung des Rathauses anzunehmen.

### Sitzungsbeiträge:

Stellv. Bürgermeisterin Otte-Saalfeld berichtet für die CDU-Fraktion, dass es noch Abstimmungsbedarf innerhalb der Fraktion gäbe. In der heutigen Infrastrukturausschuss-Sitzung könne die Fraktion daher noch keinen Beschluss fassen, so dass **beantragt** werde, die Planung lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Sodann stellen Frau Bergmann und Herr Dipl.-Ing. Hauth, Planungsbüro Rolwes-Hauth-Jacobi GmbH & Co. KG, Wildeshausen, die Planung vor und beantworten einzelne Verständnisfragen.

Beigeordneter Behrens möchte wissen, was passiere, sofern jetzt die Planung angenommen werde.

Bauamtsleiter Wedermann führt aus, dass es heute darum gehe, einen grundsätzlichen Umfang sowie das Raumkonzept festzulegen. Er appelliere, eine Entscheidung zu treffen, damit die weiteren Fachplanungen durchgeführt werden könnten. Anderenfalls werde viel Zeit verloren und in Anbetracht der derzeitigen Raumsituation dränge die Zeit, in den Planungen voranzuschreiten.

Mitglied Reinkober möchte wissen, ob bei einem Flachdach die nachträgliche Erweiterung bzw. Aufstockung gegeben sei. Er empfehle, zudem ein Gründach mit Photovoltaik zu kombinieren.

Dipl.-Ing. Hauth bestätigt, dass es aus Sicht des sommerlichen Wärmeschutzes sinnvoll sei, ein Gründach zu verwenden. Eine Kombination mit einer Photovoltaikanlage werde ebenfalls grundsätzlich mit angedacht. Ein Flachdach würde so ausgeführt werden, dass nachträglich eine Aufstockung möglich sei.

Ratsfrau Jähnke wundert sich über die Lage des EDV-Serverraumes im Kellerbereich. Dieser solle im Hinblick auf den Hochwasserschutz eher ins Obergeschoss verlegt werden.

Herr Dipl.-Ing. Hauth bestätigt die grundsätzliche Möglichkeit den Serverraum zu verlegen. Er verweist jedoch auf die umfangreiche Verkabelung, welche dann komplett verändert werden müsse. Hier sei ein Fachplaner gefordert, die beste Lösung zu erarbeiten.

## Niederschrift: Infrastrukturausschuss 09.11.2023

Beigeordneter Wilke zeigt sich verwundert über den Antrag der CDU-Fraktion. Seit Februar würde seine Fraktion sich mit den Plänen beschäftigen und habe umfangreiche Fragen an die Verwaltung gestellt. Sowohl Planer wie auch Verwaltung hätten die notwendigen Antworten geliefert, wodurch er heute eine Entscheidung treffen könne. Aus seiner Sicht dränge die Zeit und eine erneute Vertagung sei unnötig.

Ratsherr Beelage spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus, da seine Fraktion noch weitergehenden Beratungsbedarf besitze.

Beigeordneter Wilke verdeutlicht, dass die Verwaltung die Fachkenntnis besitze, den Umfang fachgerecht zu ermitteln. Hierauf solle nunmehr vertraut werden.

Ratsherr Ohms spricht sich ebenfalls für die Annahme der Planung aus. Aus seiner Sicht sei der Umfang der Maßnahme durch das Fachbüro und die Verwaltung richtig ermittelt worden, so dass eine erneute Beratung nicht erforderlich sei.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Behrens zunächst über den **Antrag** der CDU-Fraktion einer geänderten Beschlussempfehlung: „Die Planungen zum Umbau und zur Erweiterung des Rathauses werden zur Kenntnis genommen.“ abstimmen. Die geänderte Beschlussempfehlung wurde mit

6 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

angenommen.

zu 7 **Unterhaltungsmanagement für Gemeindestraßen - Festlegung der Straßenbaumaßnahmen im Haushaltsjahr 2023/2024**  
Vorlage: BV/0521/2021-2026

**einstimmig beschlossen**  
**Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0**

**Beschluss:**

**Im Zuge der fortlaufenden Abarbeitung der Prioritätenliste werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Ränge 5 – 16 instandgesetzt.**

**Sach- und Rechtslage:**

Der Rat hat beschlossen, den investiven gemeindlichen Straßenbau künftig auf der Grundlage einer fachlich aufgestellten Prioritätenliste auszuführen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wurden die Haushaltsmittel für den investiven Straßenbau im Nachtragshaushalt um 650.000,00 € erhöht. Zusammen mit den im Haushaltsplanentwurf 2024 eingeplanten Haushaltsmitteln in Höhe von 500.000,00 € können Sanierungsmaßnahmen im Umfang von 1.150.000,00 € durchgeführt werden.

Nach der Prioritätenliste wurden die Ränge 5 bis 18 näher betrachtet. Aufgrund einer ersten Kostenschätzung können mit den Haushaltsmitteln die Maßnahmen 5 bis 16 umgesetzt werden. Hierbei handelt es sich um folgende Straßenabschnitte:

- Am Esch, Großenkneten, 260 m, Neugestaltung (Rang 5)
- Fliederweg, Großenkneten, 240 m, Neugestaltung (Rang 6)
- Bei der Friedenseiche, Sage, 120 m, Neubau Pflaster (Rang 7)
- Realverbandsweg #2, 250 m, Neubau Tragdeckschicht (Rang 8)
- Realverbandsweg #17, 140 m, Neubau Tragdeckschicht (Rang 9)
- Alter Postweg (Fußweg), Huntlosen, 50 m, Erneuerung Pflaster (Rang 10)
- Efeuweg (Fußweg links), Großenkneten, 280 m, Erneuerung Pflaster (Rang 11)
- Fichtestraße/Körnerstraße (Fußweg), Ahlhorn, 90 m, Erneuerung Pflaster (Rang 13)
- Körnerstraße (Fußweg rechts), 160 m, Erneuerung Pflaster (Rang 14)
- Zeppelinstraße (Fußweg links), 220 m, Erneuerung Pflaster (Rang 15)
- Zeppelinstraße (Fußweg rechts), 220 m, Erneuerung Pflaster (Rang 16)

Sofern sich der bisherige Straßenbelag bewährt hat, erfolgt grundsätzlich eine Sanierung in der gleichen Bauweise. Bei der Sanierung der Fußwege wird bei größeren Abschnitten geprüft, ob der vorhandene Straßenausbau und die Gehwegbreite noch zeitgemäß sind oder mit geringen Mitteln eine Anpassung erfolgen kann.

Die Neugestaltung der Schubertstraße (Rang 12) wird im Zuge des Förderprogrammes „Sozialer Zusammenhalt“ umgesetzt und als Einzelmaßnahme abgearbeitet.

## **Niederschrift: Infrastrukturausschuss 09.11.2023**

Bei den Rängen 17 und 18 handelt es sich um die Sanierung der Wildeshauser Straße (G213) inklusive Radweg im Bereich des Streckenabschnittes Kreuzung Großenknetter Straße bis Anschlussstelle BAB 1 „Wildeshausen-West“. Aufgrund der geschätzten Kosten in Höhe von 6.500.000,00 € sollte diese Maßnahme in den nächsten Jahren separat betrachtet werden.

Der Bürgermeister empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:

Im Zuge der fortlaufenden Abarbeitung der Prioritätenliste werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Ränge 5 – 16 instandgesetzt.

### **Sitzungsbeiträge:**

Herr Dipl.-Ing. Hirsch, Ingenieurbüro Hirsch, Oldenburg, trägt zu den einzelnen Wegebaumaßnahmen vor.

Die Übersichtspläne sind der Beschlussvorlage Nr. BV/0521/2021-2026 beigelegt.

Mitglied Mosgallik erfragt, ob es sich bei der Maßnahme „Zeppelinstraße“ um ein Projekt im Bereich des Fördergebietes „Sozialer Zusammenhalt“ handeln würde.

Bürgermeister Schmidtke bestätigt die Lage innerhalb des Fördergebietes. Hierdurch werde grundsätzlich immer geprüft, ob eine Förderung über Städtebaufördermittel möglich sei.

Ratsherr Stoll freut sich über den guten Straßenzustand in der Gemeinde. Es sei wichtig, hier am Ball zu bleiben und die Prioritätenliste schneller abzuarbeiten. Daher habe die CDU-Fraktion beantragt, hierfür ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Ratsherr Ohms spricht die Bauweise in Asphalt an und möchte wissen, ob alternative klimafreundliche Baustoffe geprüft werden.

Herr Dipl.-Ing. Hirsch führt aus, dass aktuell in Forschungskreisen alternative Bauweisen diskutiert würden. An diesen Forschungskreisen sei er selbst aktiv beteiligt. Es gebe grundsätzlich wenig Alternativen zur Verwendung von Asphalt, wodurch es eher darum gehe, andere Zusammensetzungen oder Einbauweisen zu verwenden. Die Gemeinde werde als deutschlandweiter Vorreiter die Straße „Haaster Höhe“ mit einer abgesenkten Einbautemperatur des Asphaltbelags sanieren. Hierdurch würden erhebliche CO<sub>2</sub>-Einsparungen erzielt. Grundsätzlich gehe es immer darum, nachhaltig, und das heißt im Straßenbau, langfristig zu bauen. Er gebe zu bedenken, dass die Herstellung von Betonsteinen ebenfalls einen hohen Energiebedarf benötige.

Ratsfrau Frommhold erkundigt sich nach der Anzahl der Realverbandswege.

Dipl.-Ing. Hirsch antwortet, dass die Anzahl der Realverbandswege nicht bekannt sei, da lediglich die befestigten Straßen in die Unterhaltungspflicht der Gemeinde fallen. Dies seien circa 30 bis 40 Straßen.

Beigeordneter Wilke spricht sich für eine zügige Abarbeitung der jetzigen Liste aus. Er fragt nach dem Sachstand zu den bisher angenommenen Straßensanierungsmaßnahmen.

## **Niederschrift: Infrastrukturausschuss 09.11.2023**

Dipl.-Ing. Hirsch berichtet, dass sämtliche Aufträge vergeben seien. Die Baumaßnahmen würden in Kürze starten, so dass sie größtenteils bis Weihnachten fertig gestellt seien. Lediglich die Sanierung der Straße „Am Kirchholz“ könne sich wetterbedingt in das Frühjahr verschieben.

Beigeordneter Wilke befürwortet die Aufstockung der Haushaltsmittel für den Straßenbau und äußert den Wunsch, die Mittel dauerhaft zu erhöhen, so dass nicht jährlich wiederkehrend ein politischer Antrag gestellt werden müsse.

**zu 8      Mitteilungen des Bürgermeisters**

Mitteilungen des Bürgermeisters liegen nicht vor.

**zu 9      Anfragen und Anregungen**

**zu 9.1 Radweg an der Ahlhorner Straße**

*Beigeordneter Wilke:*

Der Schaden an dem Radweg an der Ahlhorner Straße im Bereich des Umspannwerkes wurde nun endlich fertig gestellt. Die Erledigung hat nunmehr fast zwei Jahre gebraucht.

*Bürgermeister Schmidtke:*

Ich werde die Information an die Straßenmeisterei Oldenburg weitergeben und hoffe künftig auf schnellere Reaktionen.

zu 9.2 Sanierung der Sportanlage Katharinenstraße

*Ratsherr Beelage:*

Wurde schon ein Termin für die Eröffnung des Sportplatzes Katharinenstraße festgelegt?

*Bauamtsleiter Wedermann:*

Ein Termin wurde noch nicht festgelegt. Zunächst soll gewartet werden, bis die Baumaßnahme vollständig abgeschlossen wurde. Es gibt Ideen, den Sportplatz zusammen mit einer sportlichen Veranstaltung zu eröffnen. Hierzu werden noch Gespräche mit den örtlichen Sportvereinen geführt.

*Beigeordneter Wilke:*

Ist es vorgesehen, den Sportplatz weiterhin abschließen zu können?

*Bauamtsleiter Wedermann:*

Es ist im Sinne des Schutzes vor Vandalismus weiterhin geplant, den Sportplatz abschließen zu können.

*Ratsfrau Frommhold:*

Ich bin heute an dem Sportplatz vorbeigefahren und finde den neuen Eingangsbereich bereits sehr gut gelungen.

zu 9.3 Eigentumsverhältnisse Realverbandswege

*Ratsherr Beelage:*

Mir ist aufgefallen, dass an Realverbandswegen oftmals ein Schild „Privatweg“ aufgestellt wird. Wie sind die rechtlichen Verhältnisse? Es ist für mich unverständlich, wenn die Wege mit öffentlichen Haushaltsmitteln saniert werden und letztendlich nur eine Privatnutzung ermöglicht wird.

*Bauamtsleiter Wedermann:*

Rein rechtlich handelt es sich bei Realverbandswegen um privatrechtliche Wege, die nicht öffentlich gewidmet sind. Letztendlich könne der Realverband daher privatrechtlich über die Nutzung entscheiden. Der Rat hat vor vielen Jahrzehnten entschieden, die Sanierung von befestigten Realverbandswegen zu übernehmen. Diese Entscheidung wird weiterhin umgesetzt.

*Bürgermeister Schmidtke:*

Ich gebe ihnen recht, dass sich diese Beschilderung mit der gängigen Praxis zur Straßensanierung schwer vereinbaren lässt. Ich werde die Angelegenheit daher weitergehend prüfen.

**Niederschrift: Infrastrukturausschuss 09.11.2023**

**Ende der Sitzung: 19:12 Uhr**

gez. Uwe Behrens  
Vorsitz

gez. Thorsten Schmidtke  
Bürgermeister

gez. Sebastian Wedermann  
Protokollführung